

Die Hyperinflation 1923: Ist sie eine Erinnerung wert?

von Werner Plumpe

Es ist noch nicht lange her, da wurde von einer deutschen Kollektivneurose Inflationsangst fabuliert und die offenkundige Anhänglichkeit der Bundesbürger an die vermeintlich stabile D-Mark als eine Art pathologischer Befund ohne jeden Realitätsbezug dargestellt. Nach einigen Jahren relativ großer Preisstabilität schien die Inflation auch in der Tat sehr weit weg; so weit, dass nicht wenige Politiker gar einer zumindest mäßigen Rückkehr der Preissteigerungen das Wort redeten. In den letzten Tagen aber ist das Gefühl mulmiger geworden. Während im Zuge der Pandemie europaweit die Sozialprodukte schrumpfen, explodieren EZB-Bilanzsumme und Geldmenge M3. Einer sinkenden Wirtschaftsleistung steht eine gewaltig aufgeblasene Geldmenge gegenüber – und das verheißt wenig Gutes. Die Regierungen und Zentralbanken bleiben zwar im rhetorischen Notfallmodus und hoffen heimlich, über die inflationäre Enteignung ihrer Bürger zugleich die unangenehme Schuldenlast los werden zu können; entsprechend wird laufend von notwendigen und alternativlosen Hilfspaketen gesprochen. Aber wirklich überzeugend ist das kaum, und so hat das stete Beschwören der staatlichen Defizitwirtschaft als Bedingung wirtschaftlicher Erholung einen Anflug des berühmten „Pfeifens im Walde“.

Die kumulierte Wirkung der staatlichen Interventionen hat nun mittlerweile in der Tat ein Ausmaß angenommen, das höhere Inflationszahlen wahrscheinlich werden lässt, und das wirft zwangsläufig die Frage auf, welche Folgen eine solche Geldentwertung hat. Um nicht in Spekulationen zu verfallen, hilft ein Blick auf die deutsche Inflation der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Der historische Blick unterstellt nicht, der Bundesrepublik stünde eine vergleichbare Hyperinflation bevor. Geschichte wiederholt sich nicht, eine Wiederkehr der Zeit vor dem November 1923 ist ausgeschlossen.

Aber ein Blick auf diese Jahre zeigt die komplexen Auswirkungen von Inflationsphänomenen, die sehr schnell dazu in der Lage sind, die soziale Stabilität eines Landes grundsätzlich herauszufordern. Dazu ist es nebenher gar nicht nötig in die 1920er Jahre zurückzugehen.



Geld wurde während der Inflation 1923 in Waschkörben transportiert

Ihren Wahlerfolg 1979 verdankte Margaret Thatcher vor allem der Tatsache, dass die Labour-Regierung unter James Callaghan die gewerkschaftliche Streikwelle in Großbritannien 1978 nicht in den Griff bekam: Bei einer Inflationsrate, die die 20%-Marke überschritt, blieb den Gewerkschaften auch wenig anderes übrig, wollten sie den Lebensstandard ihrer Mitglieder nicht massiv gefährden.

Die deutsche Inflation nach 1918 nun übertraf die britische Entwicklung der 1970er Jahre um ein Vielfaches, und entsprechend gravierender waren ihre Folgen. Schon während des Ersten Weltkriegs war wegen der Güterverknappung und der inflationären Kriegsfinanzierung das Preisniveau sprunghaft angestiegen. Nach dem Krieg hielt die Reichsregierung an der vermeintlich alternativlosen Finanzierung des Staatshandelns über die Geldpresse fest und erzielte damit anfangs bei der Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sogar ganz ein-

drucksvolle Ergebnisse, zumal bei sinkendem Außenwert der Mark der deutsche Export begünstigt wurde. Den Preis permanenter sozialer Unruhen, zumeist Streikauseinandersetzungen um Lohnausgleich und bessere Arbeitsbedingungen, aber auch Konflikte um

Spekulation, Inflationsgewinnerei und Schiebertum, nahm man in Kauf, solange die Gesamtwirtschaft einigermaßen „funktionierte“. Es war jedoch nur eine Frage der Zeit, bis bei weiterhin prekärer Güterversorgung und andauernd stark wachsenden Geldmengen die Kontrolle über die Preisentwicklung völlig verloren gehen würde. Dabei war es nicht einmal die Wirtschaft selbst, die den Anlass hierfür lieferte; es waren politische Ereignisse wie der Kapp-Putsch 1920, das Londoner Reparationsultimatum 1921 und die Ermordung Walther Rathenaus im Sommer 1922, die jeweils für dramatische inflationäre Schübe sorgten, nicht zuletzt weil das ausländische Vertrauen in die deutsche Währung

und die Geld- und Finanzpolitik der Berliner Regierung schwer erschüttert wurden.

Das völlige Abgleiten in die Hyperinflation, in deren Ergebnis im Herbst 1923 die Papiermark zu einer Rate von 1.000.000.000.000 zu 1 in Rentenmark umgetauscht wurde, war dann allerdings die Folge einer Art „Lockdown“. Anfang 1923 waren französische und belgische Truppen wegen vermeintlicher Reparationsrückstände in das Ruhrgebiet eingerückt und hatten das größte deutsche Industriegebiet quasi als reparationspolitische Geisel besetzt. Die Reichsregierung rief daraufhin zur Niederlegung aller Aktivitäten in den besetzten Gebieten auf („passiver Widerstand“) und verkündete, den jeweiligen wirtschaftlichen Schaden durch Zahlungen aus der Reichskasse zu kompensieren. Das Vertrauen in die deutsche Währung ging daraufhin nicht nur im Ausland erneut und diesmal dramatisch zurück; im Inland beschleunigte sich die Inflation derart, dass sich die

Preise schließlich in kurzer Frist verdoppelten. Das wiederum führte zu einer bislang unbekanntem Beschleunigung der Geldumlaufgeschwindigkeit, da die Menschen, sobald sie Geld in die Hand bekamen, es unmittelbar wieder ausgaben. Hierdurch wiederum spitzten sich die Knappheitsphänomene zu, da die Geschäfte von Kunden überlaufen wurden, die für ihr Geld irgendein materielles Gut zu erwerben trachteten. Die Geldentwertung wurde so, nachdem das Vertrauen in die Währung endgültig erschüttert war, ihr eigener Grund. Schließlich kam die Reichsdruckerei mit der Geldversorgung nicht mehr nach; selbst das Papier fehlte, um die laufend benötigten neuen Banknoten mit den immer höheren Nominalbeträgen zu liefern. Spätestens im Sommer 1923 brach die Wirtschaft unter der inflationären Last zusammen. An eine geordnete Betriebswirtschaft war ohnehin nicht mehr zu denken. In vielen Unternehmen und auf zahlreichen Märkten machte sich eine Rückkehr zum Naturaltausch breit, Notgeld wurde ausgegeben, und die Zahl der sozialen Konflikte griff um sich. In den Städten kam es zu Übergriffen, Hungerkrawallen und gewalttätigen Plünderungen. Der Antisemitismus fand ebenso reichlich Nahrung wie die Kritik an Schiebern und Inflationsprofiteuren; beides fiel nicht selten zusammen. Im August 1923 trat die Regierung Cuno, die den passiven Widerstand ausgerufen hatte, zurück. Die neue Regierung unter Gustav Stresemann beendete den Ruhrkampf, doch dauerte es noch bis in den November, ehe es gelang, die Währung zu stabilisieren. Zuvor hatten sich die sozialen Konflikte zu einer schweren politischen Krise zugespitzt. Im November 1923 versuchten sowohl die Nationalsozialisten mit dem Bürgerbräuputsch in München wie die Kommunisten mit dem Hamburger Aufstand die Republik zu Fall zu bringen. Beide scheiterten an der konsequenten Notstandspolitik der Regierung Stresemann, die mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten Friedrich Ebert eine Währungsreform durchführte und mit der Rentenmark ein neues Geld auf den Weg brachte, das erstaunlich rasch Vertrauen fand. Aus der Rentenmark, die fiktiv mit dem deutschen Grundbesitz besichert wurde, wurde im kommenden Jahr die Reichsmark – eine erfolgreiche neue Währung auch deshalb, weil die Reichsregierung nach dem Währungsschnitt einen strikten Sparkurs verfolgte und im neuen Reichsbankgesetz deren politische Unabhängigkeit ebenso festgeschrieben wurde wie die Begrenzung ihrer Kreditlinie für die Reichsregierung.

Politische und soziale Folgen der Geldentwertung

Was waren nun neben der kurzen Scheinblüte einerseits, dem sukzessiven Zerfall der ökonomischen und sozialen Ordnung andererseits die gravierenden Folgen der Geldentwertung? Da ist zuerst die Frage nach den Gewinnern und Verlierern der Inflation, die sich recht klar benennen lassen. Gewinner waren die Schuldner, die ihre Schulden in entwerteter Währung leicht zurückzahlen konnten und nach der



Scheck aus der Inflationszeit in Kirschau

Währungsreform 1923 faktisch schuldenfrei waren; das betraf vor allem die Landwirtschaft. Gewinner waren des Weiteren jene Gruppen, die Zugang zu wertbeständigen Devisen hatten, und es profitierten auch jene, die über Sachbesitz verfügten und diesen während der Inflation sogar noch vergrößern konnten. Die Zeit der Inflation war daher auch eine Phase intensiver Investitionstätigkeit und massiver Verschiebungen von Sachwerten. Das spekulativ zusammengekauft Imperium des „Inflationskönigs“ Hugo Stinnes, das bald nach der Inflation krachend zusammenbrach, war dessen deutlichster Ausdruck.

Diesen Profiteuren stand die große Gruppe der Verlierer gegenüber, die sich vor allem im Bereich des Bürgertums fand. Spar- und Geldvermögen wurde durch die Inflation vollständig entwertet; die Staatsanleihen, die während des Krieges massiv beworben worden waren und vor allem beim patriotisch gesinnten Bürgertum Anklang fanden, verloren fast vollständig ihren Wert.

Weniger stark betroffen von den Wirkungen der Inflation war hingegen die Arbeiterschaft, die zunächst deshalb wenig zu verlieren hatte, weil sie ohnehin kaum Vermögen besaß. Im Gegensatz etwa zu den festbesoldeten Beamten bestand hier aber die Möglichkeit, durch Streiks und direkte Aktionen die Folgen der Geldentwertung zumindest abzpuffern, was auch deshalb gelang, weil viele Unternehmen die höheren Löhne direkt auf die Preise überwälzten. Die Arbeiterschaft litt daher unter der Güterknappheit und dann auch darunter, dass

mit dem verdienten Lohn kaum mehr etwas zu kaufen war. In vielen Unternehmen reagierte man durch die Ausgabe von eigenem Geld oder durch Naturallöhne, was freilich meist nicht reichte. Im Sommer 1923 stand die Arbeiterschaft daher kurz vor dem Aufstand.

In materieller Hinsicht hinterließ die Inflation eine zerrissene, verarmte, labile Welt. Im kollektiven Gedächtnis ist seither die Geldentwertung als umfassende Verarmung bei gleichzeitiger Zuspitzung der sozialen Konflikte fest verankert. Diese negative Erfahrung wurde auch nicht durch jene wirtschaftlichen Vorteile ausgeglichen, die die Inflation zeitweilig gehabt hatte. Immerhin: der Staat war 1924 seine hohen Schulden los, aber um welchen Preis? Eine Wiederholung jener Jahre droht heute nicht. Das ist allein deshalb ausgeschlossen, weil zu derartigen Entwicklungen nicht nur eine Aufblähung der Geldmenge, sondern ebenso eine Verknappung der Güterversorgung führte, die heute nicht droht. Die Inflation am Beginn der Weimarer Zeit zeigt daher vor allem die Unberechenbarkeit derartiger Eskalationen, die sehr

schnell die gesamte Gesellschaft und ihre Ausgleichsmechanismen in Frage stellen. Ist das Vertrauen in die Währung erst nachhaltig erschüttert, dann gibt es von einem bestimmten Punkt her kaum noch ein Halten. Ob er es gesagt hat, ist umstritten; zutreffend ist die Lenin zugeschriebene Feststellung, wolle man die bürgerliche Gesellschaft erschüttern, solle man ihr Geldsystem ruinieren, aber allemal.

Prof. Dr. Werner Plumpe ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Literatur

- Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York 1993
- Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933*, München 1985
- Niall Ferguson (Hg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge 2010
- Carl-Ludwig Holtfrerich, *Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*, Berlin/New York 1980

Impressum

Herausgeber:
Eugen-Gutmann-Gesellschaft e.V.
Dr. Detlef Krause (Vorsitzender)
Moselstraße 4, 60329 Frankfurt am Main
egg@commerzbank.com
©2021